

# Handbuch der Gemeinnützigkeit

Verein, Stiftung, GmbH. Recht, Steuern, Personal

von

Harald Bott, Dr. Jens Eric Gotthardt, Dr. Marcus Helios, Christian Hoppen, Dr. Christian Kirchhain, Dr. Lucas van Randenborgh, Ralf Rasche, Dr. Stephan Schauhoff, Karsten Tötter, Dr. Klaus J. Wagner

3. Auflage

[Handbuch der Gemeinnützigkeit – Bott / Gotthardt / Helios / et al.](#)

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](#) DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Steuerrecht mit Zivil-, Handels- und Gesellschaftsrecht](#)



Verlag C.H. Beck München 2010

Verlag C.H. Beck im Internet:

[www.beck.de](http://www.beck.de)

ISBN 978 3 406 59794 7

Stephan Schauhoff  
Handbuch der Gemeinnützigkeit



Schauhoff  
Handbuch der  
Gemeinnützigkeit

Verein Stiftung GmbH

*Recht · Steuern · Personal*

Herausgegeben von

**Dr. Stephan Schauhoff**

Rechtsanwalt und  
Fachanwalt für Steuerrecht in Bonn

Bearbeitet von

*Harald Bott*, Dipl.Finw., Regierungsobererrat im Hessischen Ministerium der Finanzen

*Dr. Jens Eric Gotthardt*, Rechtsanwalt und Steuerberater in Bonn

*Dr. Marcus Helios*, Rechtsanwalt in Frankfurt a.M.

*Christian Hoppen*, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Bonn

*Dr. Christian Kirchhain*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Baurecht in Bonn

*Dr. Lucas van Randenborgh*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht in Düsseldorf

*Ralf Rasche*, Ministerialrat im Finanzministerium Nordrhein-Westfalen

*Dr. Stephan Schauhoff*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht in Bonn

*Karsten Tötter*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht in Hamburg

*Dr. Klaus Wägner*, Richter am Finanzgericht Düsseldorf

3. Auflage



Verlag C. H. Beck München 2010

Verlag C.H. Beck im Internet:  
**beck.de**

ISBN 978 3 406 59794 7

© 2010 Verlag C.H. Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Druck und Bindung: Bercker Grafischer Betrieb GmbH & Co. KG  
Hooge Weg 100, 47623 Kevelaer  
Satz: ottomedien, Darmstadt

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

## Vorwort zur 3. Auflage

Die Erkenntnis, dass ein funktionierendes Gemeinwesen nicht nur der staatlichen Organisation, sondern in erheblichem Maße auch des bürgerschaftlichen Engagements bedarf, ist mittlerweile Allgemeingut, nicht nur in Deutschland, sondern in nahezu allen Staaten der Erde. Mit der wachsenden Bedeutung des Non-Profit-Bereichs wächst aber auch die Regelungsdichte. Bürgerschaftliches Engagement wird vom Staat, allerdings nur in Grenzen, einerseits gefördert, andererseits wird es argwöhnisch geprüft, wo es in Konflikt mit der freien Marktwirtschaft und ihrer Wettbewerbsordnung gerät. Seit dem Erscheinen der letzten Auflage vor fünf Jahren sind viele Rechtsgebiete, die für gemeinnützige Körperschaften relevant sind, durch Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltungsanordnungen umfassend reformiert worden. Das Stiftungs-, Vereins- und GmbH-Recht wurde überarbeitet. Mit dem Gesetz zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements wurden das Spendenrecht und der Gemeinnützigkeitskatalog neu gefasst. Zuletzt wurde die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes in nationales Recht umgesetzt. Rechtsprechung und Verwaltung schärfen ständig die Abgrenzung zwischen steuerbegünstigter gemeinnütziger Tätigkeit und steuerpflichtiger bezahlter Dienstleistung auf gemeinnützigen Tätigkeitsfeldern, wie dem Wohlfahrtswesen oder der Auftragsforschung. Das Umsatzsteuerrecht wurde für gemeinnützige Körperschaften in zahlreichen Detailvorschriften überarbeitet. Das Bilanzrecht und eine neue Rechnungslegungsrichtlinie für Spenden sammelnde Organisationen verändern die Darstellungspflicht, und so fort ...

All dies hat eine vollständige und grundlegende Überarbeitung der Voraufgabe erfordert. Das Handbuch ist mittlerweile als Standardwerk im Gemeinnützigkeitsrecht anerkannt und findet in der Diskussion um die Detailregelungen für die gemeinnützigen Körperschaften vielfach Beachtung. Einzelne Auffassungen, die in der 1. Auflage noch neu waren, finden sich nun in Urteilen des Bundesfinanzhofes. Dies freut uns natürlich, und so hoffen wir weiterhin, zu einem Regelwerk für gemeinnützige Organisationen beitragen zu können, welches die für unsere Gesellschaft so wichtige Entfaltungsmöglichkeit dieser Einrichtungen erhält und fördert, die Ausrichtung auf die Erwirtschaftung einer sozialen Rendite gewährleistet und gleichzeitig praxistauglich ist.

Das Handbuch befindet sich auf dem Rechtsstand Mai 2010. Wir hoffen, dass dieser Band allen, die für Entscheidungen in und über gemeinnützige Körperschaften (Mit-)Verantwortung tragen, eine nützliche Hilfe sein wird und das Werk, von Praktikern für Praktiker geschrieben, eine ebenso freundliche und weit verbreitete Aufnahme wie die Voraufgaben findet.

Bonn, im Juni 2010

Herausgeber und Verfasser

## Vorwort zur 1. Auflage

Darstellungen zum Gemeinnützigkeitsrecht gibt es viele, allerdings sind die meisten Werke entweder mit deutlichem steuerrechtlichem Schwerpunkt konzipiert oder es handelt sich um Einzeldarstellungen zum Vereinsrecht oder zum Stiftungsrecht. Mit diesem Handbuch – und diese Überlegung gab uns den Mut, trotz der vorhandenen Werke ein neues Buch zu schaffen – wird dagegen eine Gesamtdarstellung zum Recht und Steuerrecht für den Non-Profit-Bereich angestrebt, unabhängig davon, in welcher Rechtsform die Körperschaft organisiert ist.

Die besondere Bedeutung des *Steuerrechts* für gemeinnützige Körperschaften ergibt sich daraus, daß eine zweckwidrige und damit steuer-schädliche Tätigkeit vielfach durch hohe existenzbedrohende Steuernachforderungen sanktioniert wird. In diesem Handbuch wird daher versucht, eine bessere Übersichtlichkeit über die zahlreichen steuerrechtlichen Regelungen, die für gemeinnützige Körperschaften gelten, dadurch zu erreichen, indem nicht die ungeordneten gesetzlichen Vorschriften kommentiert werden, sondern die Darstellung nach Sachgebieten gegliedert ist. Dieser Zielsetzung folgt die gewählte Aufgliederung in die Kapitel „Gemeinnützigkeit“, „Finanzierung“, „Gemeinnützige Mittelverwendung“, „Rechtsfolgen bei Verstoß gegen Gemeinnützigkeitsvorschriften“ und „Umstrukturierung“. Abgerundet wird der Themenbereich Steuerrecht durch Einzeldarstellungen zur „Partiellen Steuerpflicht“ und zur „Umsatzsteuer“ sowie den „Verkehrsteuern“.

Der Themenbereich *Recht* wird mit einer Betrachtung zur Rechtsformwahl bei Gründung gemeinnütziger Körperschaften eröffnet und widmet sich dann detailliert den wesentlichen Rechtsformen für Non-Profit-Organisationen: dem Verein, der Stiftung und der GmbH. Berücksichtigt wird stets der Zusammenhang mit der gemeinnützigen Zwecksetzung unter Einbeziehung der steuerlichen Privilegien für Stifter oder Vereinsmitglieder sowie der denkbaren Gestaltungen zur Vermögensausstattung gemeinnütziger Körperschaften. In diesen Themenbereich gehören auch die Erörterungen zur Rechnungslegungspflicht mitsamt den dazugehörigen Zweckmäßigkeitserwägungen, zum Insolvenzrecht und zum Konzernrecht sowie zu Rechtsfragen bei Beendigung der gemeinnützigen Tätigkeit.

Im dritten großen Themenbereich *Personal* wird das „Individual- und Kollektivarbeitsrecht“ sowie das „Sozialversicherungs- und Lohnsteuerrecht“, aber auch das Recht der „ehrenamtlichen Tätigkeit“ abgehandelt. Der Personalbereich unterliegt bei gemeinnützigen Körperschaften teilweise besonderen Regeln, teilweise müssen wegen der typischen Tätigkeiten im Grenzbereich zwischen hauptberuflichem und ehrenamtlichem Wirken spezielle Abgrenzungsfragen besonders beachtet werden. In diesem Handbuch ist deshalb dem Personalrecht für gemeinnützige Körperschaften erstmals ein eigener, gewichtiger Abschnitt gewidmet.

Gewissermaßen garniert werden die drei Themenbereiche mit einer einleitenden Darstellung der *wirtschaftlichen Bedeutung* sowie der *verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen* für den Non-Profit-Bereich einschließlich eines Rückblicks in die Entwicklung des Rechts der Non-Profit-Organisationen. Am Ende des Buches steht – gleichsam als Ausblick – eine Erörterung, wie sich das Recht der gemeinnützigen Organisationen vor dem Hintergrund der immer mehr an Bedeutung gewinnenden *europarechtlichen Normen* bewährt.

Das Handbuch ist in seinen wesentlichen Teilen auf dem Rechtsstand 30. Juni 2000. Damit konnten die wichtigen Rechtsänderungen durch das Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung von Stiftungen, insbesondere zur spendenrechtlichen Berücksichtigung von Stiftungserrichtungen und Verankerung der Regelungen zur sog. zeitnahen Mittelverwendung in der Abgabenordnung noch berücksichtigt werden. Auch das mit Wirkung zum 1.1.2000 in Kraft getretene neue Spendenrecht sowie die 1999 eingeführten Rechtsänderungen zur sog. Scheinselbständigkeit sind eingearbeitet. Die Änderungen durch das soeben verabschiedete Unternehmenssteuerreformgesetz (Steuersenkungsgesetz 2001) sind noch kurz vor Drucklegung bereits im Kapitel über die partielle Steuerpflicht berücksichtigt worden.

Bei der Autorenauswahl wurde bewußt darauf geachtet, daß neben beratenden Rechtsanwälten, Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern auch Autoren aus der Finanzverwaltung, Finanzgerichtsbarkeit und Wissenschaft gewonnen werden konnten, um einen möglichst breiten Erfahrungsschatz in das Buch einfließen zu lassen. Dank gebührt allen Autoren für ihren persönlichen und arbeitsintensiven Einsatz neben ihrer beruflichen Tätigkeit sowie den Lektoren des Beck Verlages, Herrn Albert Buchholz und Herrn Michael Thomas, für ihre engagierte, nachdrückliche und geduldige Begleitung des Werkes.

Das Handbuch hat nicht den Ehrgeiz, die gemeinnützigkeitsrechtlichen Streitfragen mit allen vertretenen Meinungen zu erläutern, sondern möchte den Geschäftsführern und ehrenamtlichen Führungskräften gemeinnütziger Körperschaften sowie deren Beratern aus den rechts-, steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen den gegenwärtigen Rechtszustand, wie er sich in erster Linie aufgrund der Rechtsprechung der Gerichte und der Erlasse der Finanzverwaltung ergibt, darstellen. Dennoch ist es auch unser Anliegen, die Debatte um ein praktikables und Rechtssicherheit vermittelndes Gemeinnützigkeitsrecht voranzubringen. Es gibt nur wenige Rechtsmaterien wie das Gemeinnützigkeitsrecht, bei dem selbst erfahrenere Praktiker so häufig klagen, die Rechtslage sei unübersichtlich und in zahllose spezielle Problembereiche zersplittert, so daß die Handlungsmaximen für gemeinnützige Körperschaften nur undeutlich zu erkennen seien.

Wir hoffen, daß es uns gelungen ist, durch die Sammlung der verschiedenen Rechtsmaterien in einem Handbuch die rechtlichen Rahmenbedingungen, die für gemeinnützige Körperschaften gelten, umfassend darzustellen und die Klarheit der Entscheidungsgrundlagen damit zu verbessern. Ob wir damit geschafft haben, was Aufgabe aller

## **Vorwort zur 1. Auflage**

ist, die im gemeinnützigen Bereich arbeiten, nämlich ein gutes Werk zu tun, mögen die Leser entscheiden. Für Anregungen und konstruktive Kritik sind wir jederzeit dankbar.

Bonn, den 1. August 2000

Der Herausgeber

## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungs- und Literaturverzeichnis . . . . . XXXIII

*Detaillierte Inhaltsverzeichnisse finden Sie jeweils zu Beginn der einzelnen Paragraphen.*

### Grundlegung

*(Bearbeiter: Dr. Stephan Schauhoff)*

<b>A. Förderung gemeinnütziger Körperschaften . . . . .</b>	<b>1</b>
<b>B. Wirtschaftliche Bedeutung gemeinnütziger Einrichtungen . . . . .</b>	<b>4</b>
<b>C. Gemeinnützige Organisationsformen . . . . .</b>	<b>8</b>
<b>D. Rechtsentwicklung . . . . .</b>	<b>10</b>
I. Von der <i>piae causae</i> zur Gemeinnützigkeit . . . . .	10
II. Steuerrecht . . . . .	13
1. Problemstellungen und Lösungsversuche . . . . .	13
2. Definition der gemeinnützigen Zwecke . . . . .	16
3. Spendenrecht . . . . .	18
4. Gemeinnützigkeit und Verfassungsrecht . . . . .	18
5. Reformüberlegungen . . . . .	20
<b>E. Bedeutung des Gemeinnützigkeitsstatus . . . . .</b>	<b>21</b>
I. Vorteile . . . . .	21
II. Bindungen . . . . .	22
III. Alternativen . . . . .	24
1. Unterstützung ideeller Tätigkeit von natürlichen Personen . . . . .	24
2. Ideelle Tätigkeit und Steuern bei einer juristischen Person . . . . .	25
3. „Verzicht“ auf die Gemeinnützigkeit. . . . .	27

### § 1 Rechtsformwahl

*(Bearbeiter: Dr. Lucas van Randenborgh)*

I. Allgemeines . . . . .	29
II. Subjektive Auswahlkriterien . . . . .	31
III. Rechtliche Auswahlkriterien . . . . .	32
1. Vermögensmäßige Beteiligung und Eigentümerstellung . . . . .	32
2. Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Geschäftsführung und die Struktur der Körperschaft . . . . .	34

## Inhalt

3. Kapitalausstattung und Beiträge . . . . .	37
4. Lebensdauer, Auflösung . . . . .	37
IV. Würdigung . . . . .	38

## § 2 Vereinsrecht

(Bearbeiter: Dr. Lucas van Randenborgh)

<b>A. Der rechtsfähige Verein . . . . .</b>	<b>41</b>
I. Gründung des eingetragenen Vereins . . . . .	44
1. Der Gründungsakt . . . . .	44
2. Die Satzung als Bestandteil des Gründungsakts . . . . .	44
3. Der Vorverein . . . . .	45
4. Von der Gründung bis zur Eintragung . . . . .	48
II. Die Rechtsgrundlagen des Vereinsrechts und die Satzung . . . . .	50
1. Rechtliche Einordnung der Satzung . . . . .	51
2. Inhalt der Satzung . . . . .	52
III. Rechte und Pflichten der Mitglieder . . . . .	57
1. Eintritt von Mitgliedern . . . . .	57
2. Mitgliedschaftsrechte . . . . .	60
3. Mitgliedschaftspflichten . . . . .	64
4. Austritt, Ausschluss . . . . .	66
IV. Die Mitgliederversammlung . . . . .	69
1. Bedeutung . . . . .	69
2. Zuständigkeit . . . . .	69
3. Einberufung der Mitgliederversammlung . . . . .	70
4. Leitung der Mitgliederversammlung . . . . .	74
5. Beschlussfassung der Mitgliederversammlung . . . . .	76
V. Der Vorstand . . . . .	84
1. Rechtsstellung . . . . .	84
2. Zusammensetzung und Organisation . . . . .	85
3. Vertretung und Vertretungsmacht . . . . .	86
4. Geschäftsführung . . . . .	88
5. Bestellung des Vorstands . . . . .	91
6. Beendigung des Vorstandsamts . . . . .	92
VI. Weitere Vereinsorgane . . . . .	93
1. Der besondere Vertreter . . . . .	93
2. Der Aufsichtsrat . . . . .	94
3. Erweiterter Vorstand . . . . .	95
4. „Ältestenrat“ oder „Vereinsgericht“ . . . . .	95
VII. Beendigung des Vereins . . . . .	96
1. Auflösung durch Beschluss der Mitgliederversammlung (§ 41 BGB) . . . . .	97
2. Verzicht auf die Rechtsfähigkeit . . . . .	97
3. Auflösung durch Zeitablauf oder Bedingungseintritt (§ 74 Abs. 2 BGB) . . . . .	98
4. Sitzverlegung ins Ausland . . . . .	98
5. Gerichtliche oder behördliche Maßnahmen . . . . .	98

6. Insolvenz . . . . .	99
7. Umwandlung . . . . .	100
8. Anfall des Vereinsvermögens, Liquidation . . . . .	100
<b>B. Besonderheiten beim nichtrechtsfähigen Verein . . . . .</b>	<b>103</b>
I. Abgrenzung zu anderen Rechtsformen . . . . .	103
II. Anwendbare Vorschriften . . . . .	104
III. Entstehung des nicht eingetragenen Vereins . . . . .	104
IV. Vereinsverfassung und Vereinsvermögen . . . . .	105
V. Beendigung des nicht eingetragenen Vereins . . . . .	107
<b>C. Verbandsrecht . . . . .</b>	<b>107</b>
I. Begriffsbestimmung . . . . .	107
II. Funktion der Verbände . . . . .	109
III. Besonderheiten bei Vereinsverbänden . . . . .	109
IV. Besonderheiten beim Großverband . . . . .	112
1. Delegiertenversammlung . . . . .	112
2. Selbstständigkeit der Untergliederung . . . . .	114

### § 3 Stiftungsrecht

(Bearbeiter: Dr. Stephan Schauhoff)

<b>A. Die rechtsfähige Stiftung . . . . .</b>	<b>118</b>
I. Grundlagen . . . . .	118
1. Stiftungsbegriff . . . . .	118
2. Erscheinungsformen . . . . .	119
3. Rechtsquellen . . . . .	121
II. Die Entstehung der Stiftung . . . . .	123
1. Notwendige Schritte zur Errichtung einer Stiftung . . . . .	123
2. Errichtung einer Stiftung von Todes wegen . . . . .	130
3. Stiftungsgeschäft unter Lebenden . . . . .	136
4. Errichtung einer privatrechtlichen Stiftung durch eine öffentlich-rechtliche Körperschaft . . . . .	140
5. Kirchliche Stiftungen . . . . .	141
III. Verfassung der Stiftung . . . . .	142
1. Der Stifter . . . . .	142
2. Der Stiftungszweck . . . . .	143
3. Das Stiftungsvermögen . . . . .	146
4. Stiftungsname und Sitz . . . . .	149
5. Die Organe . . . . .	150
6. Die Satzungsänderung . . . . .	155
7. Auslegung der Stiftungssatzung . . . . .	158
IV. Geschäftsführung und Vertretung . . . . .	160
1. Pflichten des Vorstands . . . . .	160
2. Beschlussfindung im Vorstand . . . . .	163
3. Rechte des Vorstands . . . . .	164
4. Verwaltungskosten . . . . .	165
5. Vertretung . . . . .	166

## Inhalt

6. Die Haftung des Vorstands . . . . .	170
7. Die Haftung der Stiftung für das Tätigwerden der Organe . . . . .	173
V. Erhaltung des Stiftungsvermögens . . . . .	174
1. Vermögenserhaltung und Ertragsverwendung . . . . .	174
2. Stiftung und Unternehmensträgerschaft . . . . .	178
3. Vermögensanlage durch den Stiftungsvorstand . . . . .	181
VI. Verwendung der Stiftungserträge . . . . .	184
1. Zweckverfolgung durch die Stiftung . . . . .	184
2. Ansprüche Dritter auf Stiftungsmittel . . . . .	185
3. Die Bindung der Stiftung an die allgemeinen Gesetze . . . . .	187
VII. Die Stiftungsaufsicht . . . . .	187
1. Staatliche und kirchliche Aufsicht . . . . .	187
2. Laufende Aufsicht über die Stiftung . . . . .	189
3. Aufsichtsmaßnahmen . . . . .	190
4. Zweckänderung, Zusammenlegung und Aufhebung durch die Aufsichtsbehörde . . . . .	193
5. Widerruf der Stiftungserrichtung bei einer fehlerhaft errichteten Stiftung . . . . .	194
6. Gebühren . . . . .	194
7. Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Aufsichts- behörde . . . . .	194
8. Haftung der Aufsichtsbehörde . . . . .	195
9. Anwendbares Recht für alte Stiftungen . . . . .	195
VIII. Die Beendigung der Stiftung . . . . .	196
<b>B. Besonderheiten bei der nichtrechtsfähigen Stiftung . . . . .</b>	<b>199</b>
I. Rechtsgrundlage . . . . .	199
1. Begriff . . . . .	199
2. Vertrag mit dem Rechtsträger . . . . .	200
3. Verfassung der nichtrechtsfähigen Stiftung . . . . .	203
II. Stiftungsvermögen und Trägervermögen . . . . .	203
1. Schutz gegen Gläubiger des Trägers . . . . .	203
2. Beschränkung der Vermögenshaftung auf das Stiftungsvermögen . . . . .	204
3. Haftung des Rechtsträgers gegenüber der Stiftung . . . . .	204
III. Auflösung der Stiftung . . . . .	204

## § 4 GmbH-Recht (Grundzüge)

(Bearbeiter: Dr. Lucas van Randenborgh)

<b>A. Entwicklung und Bedeutung . . . . .</b>	<b>206</b>
<b>B. Gründung und Struktur der GmbH . . . . .</b>	<b>206</b>
I. Stadien der Gründung . . . . .	206
1. Die Vorgründungsgesellschaft . . . . .	207
2. Die Vorgesellschaft . . . . .	208

3. Eintragung .....	209
4. Haftungsrisiken bei der Gründung .....	209
II. Gesellschaftsvertrag .....	211
1. Allgemeines .....	211
2. Mindestinhalt .....	211
3. Fakultativer und empfehlenswerter Inhalt .....	213
III. Geschäftsführer .....	214
IV. Stammkapital und Stammeinlagen .....	214
V. Anmeldung und registerrechtliches Verfahren .....	216
<b>C. Die Gesellschafter</b> .....	217
I. Stellung der Gesellschafter .....	217
II. Rechte der Gesellschafter .....	218
1. Informationsrecht .....	219
2. Prüfungs- und Überwachungsrecht gegenüber der Geschäftsführung. ....	220
III. Pflichten der Gesellschafter .....	220
1. Treuepflicht .....	220
2. Wettbewerbsverbot .....	221
3. Sonstige Pflichten .....	221
IV. Die Beschlussfassung .....	221
V. Auslegung von Gesellschafterbeschlüssen .....	224
VI. Fehlerhafte Gesellschafterbeschlüsse .....	224
<b>D. Geschäftsführung und Vertretung</b> .....	225
<b>E. Kapitalerhaltung</b> .....	227
<b>F. Rechnungslegung</b> .....	228
<b>G. Ergebnismittlung und Ergebnisverwendung</b> .....	229
I. Ergebnismittlung .....	229
II. Ergebnisverwendung .....	230
<b>H. Geschäftsanteile im Rechtsverkehr</b> .....	231
I. Beendigung der GmbH .....	233
1. Auflösung durch Zeitablauf .....	233
2. Auflösung durch Beschluss der Gesellschafter .....	234
3. Auflösung durch gerichtliches Urteil .....	234
4. Insolvenz .....	235
5. Auflösung durch Verfügung des Registergerichts .....	236
6. Sitzverlegung ins Ausland .....	236
7. Auflösungsgründe im Gesellschaftsvertrag .....	236
8. Umwandlung .....	237
9. Liquidation .....	237
10. Nachtragsliquidation .....	238

## Inhalt

### § 5 Juristische Person des öffentlichen Rechts

(Bearbeiter: Dr. Stephan Schauhoff)

<b>A. Grundzüge</b>	239
<b>B. Abgrenzungen</b>	241
I. Hoheitsbetrieb	241
II. Vermögensverwaltung	243
III. Betrieb gewerblicher Art (BgA) als Steuerobjekt	245
IV. Gemeinnützigkeitsrechtliche Besonderheiten des BgA	246
<b>C. Gemeinnützigkeit des BgA</b>	249
I. Formelle Satzungsmäßigkeit	249
II. Zweckbetrieb	249
III. Gewinnverwendung	251
IV. Auflösung des BgA	251

### § 6 Gemeinnützigkeit

(Bearbeiter: Dr. Stephan Schauhoff)

<b>A. Gemeinnützige Körperschaften</b>	254
I. Inländische Körperschaften	254
1. Körperschaften im Sinne des KStG	254
2. Regionale und funktionale Untergliederungen	257
3. Dachverband	259
II. Ausländische Körperschaften	260
III. Tätigkeit im Ausland	260
<b>B. Gemeinnützige Tätigkeit</b>	261
I. Förderung der Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet	261
1. Förderung des Gemeinwohls	261
2. Gesetzlich anerkannte Zwecke	280
II. Mildtätigkeit	291
III. Kirchliche Zwecke	294
IV. Art der Förderung	295
<b>C. Satzungsgestaltung bei gemeinnützigen Körperschaften</b>	296
I. Notwendiger Satzungsinhalt	296
1. Gesetzlicher Maßstab	296
2. Verfolgung gemeinnütziger Zwecke	300
3. Förderung der Allgemeinheit	301
4. Grundsatz der ausschließlichen, selbstlosen und unmittelbaren gemeinnützigen Mittelverwendung	301
5. Grundsatz der Vermögensbindung	303
6. Verbotener Satzungsinhalt	308
II. Festlegung in der Satzung	308

## § 7 Finanzierung der gemeinnützigen Tätigkeiten

(Bearbeiter: Dr. Stephan Schauhoff)

<b>A. Einführung</b>	313
I. Finanzierungsfreiheit	313
1. Ausschließlichkeit	313
2. Verbot der Verlusterzielung im wirtschaftlichen Bereich	315
3. Zeitnahe Mittelverwendung	320
4. Transfer zwischen den Vermögenssphären	321
II. Die Aufteilung der gemeinnützigen Körperschaft in vier Einkommenssphären	323
<b>B. Ausstattung der gemeinnützigen Körperschaft mit Vermögen</b>	325
I. Stiftungserrichtung	325
1. Erbschaftsteuer	325
2. Spendenrecht	327
3. Besteuerung des Stifters	327
II. Vereinsgründung	331
III. Gründung einer gemeinnützigen GmbH	332
1. Durch steuerpflichtige Personen	332
2. Durch gemeinnützige Körperschaften	333
IV. Der Wechsel von der Steuerpflicht zur Steuerfreiheit	335
V. Zuwendungen von Todes wegen	336
<b>C. Finanzierung durch Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse und Sponsoring</b>	337
I. Zuwendungen	337
1. Rechtsgrundlagen	337
2. Zur Förderung gemeinnütziger Zwecke	339
3. Steuerliche Behandlung der Zuwendungen bei der gemeinnützigen Körperschaft	342
4. Erbschaft- und Schenkungsteuer	344
5. Zivilrecht	347
II. Mitgliedsbeitrag	348
III. Zuschüsse	352
IV. Sponsoring	354
<b>D. Finanzierung durch Erträge aus der Vermögensverwaltung</b>	358
I. Steuerfreiheit der Erträge aus der Vermögensverwaltung	358
1. Gesetzliche Grundlage	358
2. Abgrenzung zwischen der Vermögensverwaltung und einem steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb	360
II. Gemeinnützigkeitsgemäße Vermögensverwaltung	369
1. Gewinnerzielungsabsicht	369
2. Begünstigungsverbot	371

## Inhalt

<b>E. Zweckbetrieb</b> .....	371
I. Einnahmen aus einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb	371
II. Die Zweckbetriebsdefinition. ....	375
1. Einnahmeerzielung durch die Förderung satzungsmäßiger Zwecke .....	377
2. Wettbewerbsbeeinträchtigung .....	380
III. Die gesetzlich festgelegten Zweckbetriebe .....	385
1. Einführung .....	385
2. Wohlfahrtspflege und Krankenhäuser. ....	387
3. Sportliche Veranstaltungen .....	391
4. Altenheime und Kindergärten .....	393
5. Selbstversorgungseinrichtungen und Fürsorgeeinrichtungen für Blinde und Behinderte .....	394
6. Lotterien .....	396
7. Kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen .....	397
8. Bildungseinrichtungen .....	398
9. Auftragsforschung .....	399
<b>F. Steuerpflichtiger wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb</b> ....	401
I. Gemeinnützigkeitsrechtliche Zulässigkeit .....	401
1. Ausschließliche gemeinnützige Zweckverfolgung .....	401
2. Subventionierung einer steuerpflichtigen Tätigkeit .....	405
3. Einlage und Thesaurierung von Vermögen der gemeinnützigen Körperschaft in einem steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb .....	407
4. Verknüpfung der wirtschaftlichen mit der ideellen Tätigkeit. ....	408
II. Definition des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes. ....	410
1. Grundsätze .....	410
2. Die einzelnen Begriffsmerkmale .....	410
3. Abgrenzung zum Zweckbetrieb .....	414
4. Ein oder mehrere wirtschaftliche Geschäftsbetriebe ..	414
III. Beispiele steuerpflichtiger wirtschaftlicher Geschäftsbetriebe .....	415
1. Tätigkeit der Geschäftsstelle .....	415
2. Personalgestaltung .....	416
3. Entgeltliche Gestellung von Sachmitteln .....	419
4. Zentrale Beschaffungs- und Verwaltungsstellen. ....	419
5. Gesellige Veranstaltungen und Kleinverkäufe .....	420
6. Beratung. ....	420
7. Werbung .....	420
8. Bewirtschaftung einer Veranstaltung .....	422
9. Gestaltungshinweise .....	422
10. Beteiligung an einer Tochtergesellschaft .....	424
11. Betriebsaufspaltung .....	424
12. Hilfspersonentätigkeit. ....	425
IV. Die Besteuerung des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs ..	426

## § 8 Partielle Steuerpflicht (Bearbeiter: Dipl.-Finw. Harald Bott)

<b>A. Allgemeines</b> . . . . .	430
<b>B. Körperschaftsteuer</b> . . . . .	433
I. Steuersubjekt . . . . .	436
1. Kapitalgesellschaft . . . . .	437
2. Verein/Stiftung . . . . .	438
3. Juristische Person des öffentlichen Rechts . . . . .	440
II. Besteuerungsgegenstand (Steuerobjekt) . . . . .	442
III. Besteuerung der wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe . . . . .	443
1. Allgemeines . . . . .	443
2. Ausnahmen . . . . .	452
3. Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens . . . . .	453
4. Gewinnermittlung im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb . . . . .	530
IV. Steuersatz . . . . .	567
V. Sonstige Arten der partiellen Steuerpflicht . . . . .	570
1. Inländische steuerabzugspflichtige Einkünfte . . . . .	570
2. Ausschüttungsbedingte Änderung der Körperschaftsteuer . . . . .	585
3. Sonstiges (§ 21 Abs. 3 UmwStG 1995 und § 22 UmwStG) . . . . .	594
<b>C. Gewerbesteuer</b> . . . . .	599
<b>D. Solidaritätszuschlag</b> . . . . .	607

## § 9 Gemeinnützige Mittelverwendung (Bearbeiter: Dr. Stephan Schauhoff)

<b>A. Anforderungen</b> . . . . .	613
I. Gesetzliche Grundlagen . . . . .	613
II. Ausschließlichkeit . . . . .	615
III. Unmittelbarkeit . . . . .	616
IV. Förderung der steuerbegünstigten satzungsmäßigen Zwecke . . . . .	618
1. Geeignetheit der Maßnahme . . . . .	618
2. Unterstützung anderer . . . . .	621
3. Förderung der Interessen der Mitglieder, Gesellschafter und Stifter . . . . .	623
4. Angemessene Mittelverwendung . . . . .	630
5. Angewandtes Mittel . . . . .	639
V. Prüfungszeitraum und Prüfungsmaßstab . . . . .	643
1. Prüfungszeitraum . . . . .	643
2. Prüfungsmaßstab . . . . .	644
VI. Rechtsfolgen eines Verstoßes . . . . .	645
<b>B. Nachweis der satzungsgemäßen Mittelverwendung</b> . . . . .	647

## Inhalt

<b>C. Unmittelbare Zweckverwirklichung</b> . . . . .	648
I. Einführung . . . . .	648
II. Operative gemeinnützige Körperschaft . . . . .	656
III. Fördernde Tätigkeit einer gemeinnützigen Körperschaft . . . . .	660
1. Einführung . . . . .	660
2. Förderkörperschaft iSd. § 58 Nr. 1 AO . . . . .	662
3. Zuwendung von Geld- und Sachmitteln . . . . .	665
4. Überlassung von Arbeitskräften . . . . .	668
5. Überlassung von Räumen . . . . .	669
IV. Dachorganisationen . . . . .	670
<b>D. Selbstlosigkeit bei der Zweckverwirklichung</b> . . . . .	671
<b>E. Gebot der zeitnahen Mittelverwendung</b> . . . . .	673
I. Grundlagen . . . . .	673
II. Einzelfragen . . . . .	679
1. Ausstattungskapital . . . . .	679
2. Nutzungsgebundenes Kapital . . . . .	681
3. Erfüllung von Verbindlichkeiten und Auflagen . . . . .	683
4. Aufwendungen für die Mittelverwendung oder die Mittelbeschaffung . . . . .	684
5. Wertverluste als Mittelverwendungen? . . . . .	685
6. Verwendung der Erträge aus wirtschaftlicher Tätigkeit . . . . .	685
III. Mittelverwendung durch Rücklagenbildung nach § 58 Nr. 6 AO . . . . .	687
IV. Vermögenserhaltungsrücklagen . . . . .	690
1. Freie Rücklage . . . . .	690
2. 10 vH-Rücklage aus sonstigen Mitteln . . . . .	692
3. Ansparen von Mitteln für eine Kapitalerhöhung . . . . .	694
4. Ansparrücklage bei Stiftungen . . . . .	694
5. Umschichtung von Aktivvermögen und Auswirkung auf die gebildete freie Rücklage . . . . .	695
V. Mittelvortrag und Verwendungsüberhang . . . . .	696
VI. Die Mittelverwendungsrechnung . . . . .	696
<b>F. Gemeinnützige Mittelverwendung im Zweckbetrieb</b> . . . . .	697
<b>G. Ausnahmen von dem Gebot der gemeinnützigen Mittelverwendung</b> . . . . .	698
I. Zuwendungen an den Stifter und seine nächsten Angehörigen . . . . .	698
II. Gesellige Zusammenkünfte . . . . .	700
III. Förderung des bezahlten Sports . . . . .	700
IV. Zuschüsse an Wirtschaftsunternehmen . . . . .	700
<b>H. Verbotene Mittelverwendungen</b> . . . . .	700
I. Gewinnausschüttung . . . . .	700
II. Begünstigungsverbot . . . . .	702
III. Unterstützung politischer Parteien . . . . .	702

## § 10 Steuerverfahrensrecht und Verstoß gegen Gemeinnützigkeitsvorschriften

(Bearbeiter: Dipl.-Finw. Harald Bott)

<b>A. Anerkennung als steuerbegünstigte Körperschaft. . . . .</b>	<b>705</b>
I. Allgemeines . . . . .	705
II. Vorläufige Anerkennung . . . . .	708
1. Rechtsinhalt der vorläufigen Bescheinigung. . . . .	708
2. Anwendungsfälle. . . . .	710
III. Endgültige Anerkennung . . . . .	713
1. Prüfung im Veranlagungs- und Festsetzungsver-	
fahren . . . . .	714
2. Betriebsprüfung . . . . .	719
3. Änderung/Berichtigung von Bescheiden . . . . .	719
4. Rechtsschutz . . . . .	720
<b>B. Verstöße gegen gemeinnützigkeitsrechtliche</b>	
<b>Bestimmungen . . . . .</b>	<b>721</b>
I. Allgemeines . . . . .	721
II. Verstoß gegen allgemeine gemeinnützigkeitsrechtliche	
Bestimmungen . . . . .	723
1. Mögliche Verstöße . . . . .	723
2. Rechtsfolge . . . . .	738
III. Verstoß gegen die satzungsmäßige Vermögensbindung . . . . .	748
1. Mögliche Verstöße . . . . .	751
2. Rechtsfolge . . . . .	753
IV. Zurechnung von Handlungen . . . . .	754
<b>C. Ausstieg als steuerbegünstigte Körperschaft. . . . .</b>	<b>757</b>

## § 11 Spendenrecht

(Bearbeiter: Dr. Stephan Schauhoff)

<b>A. Rechtsgrundlage . . . . .</b>	<b>763</b>
I. Hintergrund . . . . .	763
II. Rechtsquellen . . . . .	763
1. Einkommensteuergesetz . . . . .	763
2. Abgeltungsteuer . . . . .	764
3. Körperschaftsteuergesetz . . . . .	765
4. Gewerbesteuergesetz . . . . .	766
III. Abzugsbeschränkung der Höhe nach . . . . .	766
1. Spendenabzug und Verfassungsrecht . . . . .	766
2. Grundsätze zur Begrenzung des Umfangs . . . . .	767
IV. Abgrenzung des Spendenabzugs . . . . .	768
1. Zurechnung der Spendenzahlung . . . . .	768
2. Betriebsausgabenabzug . . . . .	768
3. Spenden durch Körperschaften. . . . .	770
4. Einheitlichkeit und Trennbarkeit von Leistungen . . . . .	772
5. Zivilrecht . . . . .	773

## Inhalt

6. Bilanzrecht . . . . .	774
7. Zulässiger Umfang der Spendenwerbung . . . . .	774
<b>B. Tatbestandsvoraussetzungen des Spendenabzugs . . . . .</b>	<b>775</b>
I. Ausgaben zugunsten gemeinnütziger Körperschaften und Körperschaften öffentlichen Rechts zur Förderung gemeinnütziger Zwecke . . . . .	775
II. Zur Förderung . . . . .	778
1. Unentgeltlichkeit. . . . .	778
2. Freiwilligkeit. . . . .	779
III. Tatbestandliche Verwendung zu einem gemeinnützigen Zweck . . . . .	781
1. Unmittelbare Verwendung für den Spendenzweck . . . . .	781
2. Mitgliedsbeiträge an Sport-, Freizeit- und Kultur- vereine . . . . .	784
3. Nachweis über ausgestellte Bestätigungen . . . . .	786
IV. Spendenempfänger . . . . .	786
V. Zuwendungsbestätigung . . . . .	787
1. Bedeutung der Zuwendungsbestätigung. . . . .	787
2. Verwendung von Mustervordrucken . . . . .	789
3. Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten für ausgestellte Zuwendungsbestätigungen. . . . .	795
VI. Sachspenden . . . . .	796
1. Gegenstand der Sachspende . . . . .	796
2. Nutzungen und Leistungen . . . . .	797
3. Bewertung von Sachspenden . . . . .	797
4. Umsatzsteuer. . . . .	799
5. Zuwendungsbestätigung . . . . .	799
VII. Aufwandsspenden . . . . .	800
1. Gegenstand der Aufwandsspende . . . . .	800
2. Verzicht auf ein Entgelt . . . . .	801
3. Höhe des Anspruchs . . . . .	801
4. Zuwendungsbestätigung . . . . .	801
5. Vergütungsansprüche und Nutzungsentgelte . . . . .	801
<b>C. Umfang des Spendenabzugs . . . . .</b>	<b>802</b>
I. Spendenabzug in Abhängigkeit vom Einkommen . . . . .	802
1. Einkommen bei der Einkommensteuer, Körperschaft- steuer und Gewerbesteuer . . . . .	802
2. Organschaft. . . . .	802
II. Spendenabzug in Abhängigkeit vom Umsatz und den im Wirtschaftsjahr aufgewendeten Löhnen und Gehältern . . . . .	803
III. Unbegrenzter Spendenvortrag . . . . .	803
<b>D. Die Spendenbegünstigung für Stiftungen . . . . .</b>	<b>804</b>
I. Zuwendungen in den Vermögensstock von Stiftungen . . . . .	804
1. Grundtatbestand . . . . .	804
2. Zuwendung in den Vermögensstock . . . . .	807
3. Höchstbetragsberechnung. . . . .	808

4. Zuwendungsbestätigung . . . . .	809
II. Stiftung durch Körperschaften . . . . .	809
<b>E. Vertrauensschutz und Haftung . . . . .</b>	<b>810</b>
I. Vertrauensschutz . . . . .	810
1. Vertrauen in eine ordnungsgemäße Zuwendungs- bestätigung . . . . .	810
2. Unrichtigkeit der Zuwendungsbestätigung. . . . .	810
3. Bestätigung durch unlautere Mittel oder falsche Angaben erwirkt. . . . .	811
4. Unrichtigkeit der Bestätigung bekannt oder infolge grober Fahrlässigkeit nicht bekannt. . . . .	812
5. Rechtsfolge des Vertrauensschutzes . . . . .	813
II. Haftung für fehlerhafte Zuwendungsbestätigung . . . . .	814
1. Ausstellerhaftung. . . . .	814
2. Veranlasserhaftung . . . . .	817
3. Umfang der Haftung. . . . .	818
4. Auswahlermessen und Festsetzung der Haftungsschuld	819
III. Zivilrechtliche Folgen einer Haftung. . . . .	820

## § 12 Umsatzsteuer

(Bearbeiter: Ralf Rasche)

<b>A. Berechnung der Umsatzsteuer . . . . .</b>	<b>823</b>
I. Grundsätze . . . . .	823
II. Unternehmereigenschaft der gemeinnützigen Körper- schaft . . . . .	825
1. Ideeller Bereich. . . . .	827
2. Vermögensverwaltung . . . . .	827
3. Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb . . . . .	828
4. Organschaft . . . . .	828
III. Leistungen im Leistungsaustausch . . . . .	831
1. Allgemeines . . . . .	831
2. Leistungen zur Erfüllung der satzungsgemäßen (gemeinnützigen) Zwecke . . . . .	832
3. Leistungen an die Mitglieder . . . . .	832
4. Zahlungen der öffentlichen Hand. . . . .	834
5. Sponsoring . . . . .	835
IV. Unentgeltliche Wertabgaben (Eigenverbrauch und eigen- verbrauchsähnliche Tatbestände) . . . . .	838
1. Leistungen aus dem unternehmerischen Bereich an den ideellen Bereich . . . . .	838
2. Leistungen für andere unternehmensfremde Zwecke .	839
V. Steuerbefreiungsvorschriften . . . . .	840
1. Allgemeines . . . . .	840
2. Umsätze, die unter das Grunderwerbsteuergesetz fallen	840
3. Vermietung/Verpachtung von Grundstücken . . . . .	841
4. Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime . . . . .	843

## Inhalt

5. Leistungen der Wohlfahrtseinrichtungen . . . . .	845
6. Kulturelle Einrichtungen . . . . .	848
7. Veranstaltungen wissenschaftlicher oder belehrender Art, andere kulturelle und sportliche Veranstaltungen .	849
8. Jugendherbergswesen . . . . .	851
9. Leistungen im Rahmen der Jugendhilfe . . . . .	851
VI. Steuervergütung . . . . .	852
VII. Bemessungsgrundlage . . . . .	853
1. Entgeltliche Leistungen und innergemeinschaftlicher Erwerb . . . . .	853
2. Aufwendungen eines Dritten für die Leistung/ Zuschussproblematik . . . . .	854
VIII. Steuersätze . . . . .	855
1. Ermäßigter Steuersatz . . . . .	855
2. Regelsteuersatz . . . . .	856
<b>B. Vorsteuerabzug . . . . .</b>	<b>856</b>
I. Grundsätze . . . . .	856
II. Zuordnung der Eingangsleistung zum unternehmerischen Bereich . . . . .	857
1. Allgemeines . . . . .	857
2. Zuordnung in vollem Umfang zum nichtunternehmerischen Bereich . . . . .	857
3. Zuordnung in vollem Umfang zum unternehmerischen Bereich . . . . .	857
4. Anteilige Zuordnung . . . . .	858
III. Aufteilung der Vorsteuerbeträge . . . . .	858
IV. Ausschluss des Vorsteuerabzugs . . . . .	859
V. Durchschnittssatz zur Berechnung der abziehbaren Vor- steuerbeträge . . . . .	859
VI. Berichtigung des Vorsteuerabzugs . . . . .	860
<b>C. Kleinunternehmerregelung . . . . .</b>	<b>861</b>
I. Voraussetzungen . . . . .	861
II. Rechtsfolgen . . . . .	862
<b>D. Verfahrensrechtliches . . . . .</b>	<b>862</b>
I. Aufzeichnungspflichten . . . . .	862
II. Steuererklärungspflichten . . . . .	863
1. Anmeldung der Umsatzsteuer . . . . .	863
2. Fälligkeit der Umsatzsteuer . . . . .	864
3. Verantwortlichkeit für die Abgabe der Steueranmel- dungen und die Entrichtung der Steuern . . . . .	864

## § 13 Besondere Verkehrssteuern und Grundsteuer

(Bearbeiter: Ralf Rasche)

<b>A. Grunderwerbsteuer</b> . . . . .	868
I. Allgemeines . . . . .	868
II. Begriff des Grundstücks. . . . .	869
III. Beispiele für steuerbare Erwerbsvorgänge. . . . .	869
1. Kaufvertrag und andere Rechtsgeschäfte, die den Anspruch auf Übereignung begründen . . . . .	869
2. Der Eigentumsübergang unmittelbar kraft Gesetzes . .	870
IV. Steuerbefreiungen . . . . .	870
1. Bagatellfälle . . . . .	870
2. Erwerbe nach Maßgabe des ErbStG . . . . .	871
<b>B. Kraftfahrzeugsteuer</b> . . . . .	872
I. Allgemeines . . . . .	872
II. Ausnahmen von der Besteuerung . . . . .	873
1. Steuerbefreiung für Feuerwehrdienst, Katastrophen- schutz, Rettungsdienst und Krankenbeförderung . . . .	873
2. Humanitäre Hilfsgütertransporte in das Ausland und Vorbereitungsfahrten . . . . .	874
3. Ausschließliche Verwendung zu den begünstigten Zwecken . . . . .	875
III. Verfahrensfragen im Zusammenhang mit Steuer- befreiungsvorschriften . . . . .	876
<b>C. Grundsteuer</b> . . . . .	876
I. Allgemeines . . . . .	876
II. Steuerbefreiung für Grundbesitz bestimmter Rechts- träger . . . . .	878
1. Subjektive Voraussetzung für die Steuerbefreiung . . . . .	878
2. Objektive Voraussetzung . . . . .	879
3. Teilweise Benutzung für einen steuerbegünstigten Zweck . . . . .	881
4. Verfahrensfragen zur Steuerbefreiung. . . . .	882
III. Erlass der Grundsteuer. . . . .	883
1. Allgemeines . . . . .	883
2. Erlass für Kulturgut und Grünanlagen. . . . .	884
3. Erlass wegen wesentlicher Ertragsminderung . . . . .	885

## § 14 Arbeitsrecht

Bearbeiter: Karsten Tötter

<b>A. Arbeitsrecht und Organstellung</b> . . . . .	887
I. Vorstand und Vertrag. . . . .	887
1. Dienstvertrag oder Arbeitsvertrag . . . . .	889
2. Abschluss des Vertrages . . . . .	891
3. Form des Anstellungsvertrages . . . . .	892

## Inhalt

II. Beendigung von Amt und Vertrag . . . . .	893
1. Beendigung der Organstellung . . . . .	893
2. Beendigung des Anstellungsvertrages . . . . .	895
<b>B. Arbeitnehmer</b> . . . . .	901
I. Begründung des Anstellungsverhältnisses . . . . .	901
II. Tarifrrechtliche Regelungen . . . . .	905
III. Kündigungsschutz . . . . .	908
1. Allgemeiner Kündigungsschutz . . . . .	908
2. Besonderer Kündigungsschutz . . . . .	913
IV. Betriebsübergang . . . . .	917

## § 15 Betriebsverfassungsrecht

(Bearbeiter: Karsten Tötter)

<b>A. Die Errichtung von Betriebsräten</b> . . . . .	921
I. Geltungsbereich des Betriebsverfassungsgesetzes . . . . .	922
1. Wahl des Betriebsrats . . . . .	922
2. Größe des Betriebsrats . . . . .	924
II. Kosten des Betriebsrats . . . . .	925
1. Materielle Kosten . . . . .	925
2. Personelle Kosten . . . . .	926
3. Freistellung . . . . .	927
<b>B. Die Mitbestimmung des Betriebsrats</b> . . . . .	930
I. Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten . . . . .	930
1. Mitbestimmungsrecht nach § 87 BetrVG . . . . .	930
2. Verhältnis zu § 77 Abs. 3 BetrVG . . . . .	931
3. Einigungsstelle . . . . .	932
II. Mitbestimmung bei personellen Einzelmaßnahmen . . . . .	933
III. Mitbestimmung bei Kündigungen . . . . .	935
1. Mitbestimmung nach § 102 BetrVG . . . . .	935
2. Mitbestimmung nach § 103 BetrVG . . . . .	936
IV. Besonderheiten beim Tendenzbetrieb . . . . .	937
1. Tendenzbetrieb . . . . .	937
2. Besonderheiten bei der Mitbestimmung . . . . .	938
3. Religionsgemeinschaften . . . . .	939

## § 16 Lohnsteuer und Sozialversicherungsrecht

(Bearbeiter: Dr. Klaus J. Wagner)

<b>A. Einleitung</b> . . . . .	943
<b>B. Grundlagen</b> . . . . .	944
I. Sozialversicherung . . . . .	944
II. Lohnsteuer . . . . .	945
III. Übergreifende Gemeinsamkeiten . . . . .	947
<b>C. Die gemeinnützige Einrichtung als Arbeitgeber</b> . . . . .	947

<b>D. Die Mitarbeiter der gemeinnützigen Einrichtung</b> . . . . .	948
I. Die geschäftsführenden Organe . . . . .	948
1. Geschäftsführer einer GmbH . . . . .	949
2. Geschäftsführende hauptamtliche Vorstände eines Vereins . . . . .	951
3. Vorstand von Stiftungen . . . . .	951
II. Die hauptamtlichen Mitarbeiter . . . . .	952
1. Sozialversicherungspflicht der Arbeitnehmer . . . . .	953
2. Steuerpflicht der Arbeitnehmer . . . . .	953
3. Arbeitnehmerbegriff . . . . .	953
4. Früheres Dienstverhältnis . . . . .	959
5. Versicherungsfreiheit bestimmter Beschäftigungsverhältnisse . . . . .	960
<b>E. Arbeitslohn/Arbeitsentgelt</b> . . . . .	967
I. Begriffe . . . . .	967
II. Arten des Arbeitslohns/-entgelts . . . . .	969
1. Geldleistungen . . . . .	969
2. Andere geldwerte Vorteile . . . . .	969
3. Zuwendungen Dritter . . . . .	977
III. Steuerfreie und beitragsfreie Zuwendungen . . . . .	978
1. Nebenberufliche Tätigkeit . . . . .	980
2. Geringfügige Beschäftigung . . . . .	983
3. Reisekostenvergütungen . . . . .	984
4. Durchlaufende Gelder und Auslagenersatz . . . . .	985
5. Werkzeuggeld . . . . .	986
6. Berufskleidung . . . . .	986
7. Private Nutzung von Personal-Computern und Telekommunikationseinrichtungen . . . . .	987
8. Zukunftssicherungsleistungen . . . . .	987
9. Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeitszuschläge . . . . .	988
10. Sonstige steuerfreie Zuwendungen . . . . .	989
<b>F. Ermäßigte Besteuerung von Abfindungen</b> . . . . .	990
I. Grundsatz . . . . .	990
II. Abfindungen als außerordentlichen Einkünfte . . . . .	990
<b>G. Lohnsteuerverfahren</b> . . . . .	992
I. Allgemeines . . . . .	992
II. Einbehaltungspflicht des Arbeitgebers . . . . .	993
III. Berechnung der Lohnsteuer . . . . .	993
1. Unbeschränkt steuerpflichtige Arbeitnehmer . . . . .	994
2. Beschränkt steuerpflichtige Arbeitnehmer . . . . .	996
3. Arbeitnehmer ohne Steuerkarte . . . . .	996
4. Sonderfall: Pauschalierung der Lohnsteuer . . . . .	996
IV. Anmeldung und Abführung der Lohnsteuer . . . . .	1002
V. Verspätete Abgabe der Lohnsteueranmeldung . . . . .	1003
VI. Aufzeichnungspflichten . . . . .	1003
VII. Lohnsteueranrufungsauskunft . . . . .	1004

## Inhalt

VIII. Lohnsteuer-Außenprüfung . . . . .	1005
IX. Haftungsfragen . . . . .	1006
1. Arbeitgeberhaftung für Lohnsteuer . . . . .	1006
2. Haftung der Organe . . . . .	1009
X. Nebenabgaben . . . . .	1010
<b>H. Erhebung der Sozialversicherungsbeiträge . . . . .</b>	<b>1011</b>
I. Allgemeines . . . . .	1011
II. Beitragsentrichtung im Arbeitsverhältnis . . . . .	1011
1. Erhebungspflicht des Arbeitgeber . . . . .	1011
2. Höhe des Beitrags . . . . .	1011
3. Besonderheiten beim Einzug . . . . .	1012
III. Melde- und Anzeigepflichten . . . . .	1012
IV. Zwangsweise Durchsetzung der Beitragsansprüche . . . . .	1012

### § 17 Recht der ehrenamtlichen Tätigkeit

(Bearbeiter: Karsten Tötter)

I. Die rechtliche Stellung der ehrenamtlichen Mitarbeiter. . . . .	1017
1. Begriff der ehrenamtlichen Tätigkeit . . . . .	1017
2. Beschäftigungsverhältnis bei ehrenamtlicher Tätigkeit . . . . .	1018
II. Rechtsgrundlagen für ehrenamtliche Tätigkeit . . . . .	1019
1. Vertragliche Rechtsgrundlagen . . . . .	1019
2. Betriebliche Mitbestimmung . . . . .	1021
3. Arbeitsrechtliche Schutzbestimmungen . . . . .	1021
III. Haftung bei ehrenamtlicher Tätigkeit . . . . .	1022
1. Organhaftung . . . . .	1022
2. Innerbetriebliche Haftung . . . . .	1023
IV. Sozialversicherungsrecht bei ehrenamtlich Tätigen . . . . .	1025
1. Grundsatz der Versicherungsfreiheit. . . . .	1025
2. Besonderheiten in der Unfallversicherung . . . . .	1026

### § 18 Rechnungslegung

(Bearbeiter: Christian Hoppen)

<b>A. Jahresabschluss. . . . .</b>	<b>1032</b>
I. Allgemeine Grundsätze . . . . .	1032
II. Aufstellungspflicht . . . . .	1033
1. Vereinsrecht . . . . .	1033
2. Stiftungsrecht . . . . .	1034
3. Handelsrecht . . . . .	1037
4. Steuerrecht . . . . .	1037
5. Gemeinnützigkeitsrecht . . . . .	1039
III. Verantwortlichkeit des Vorstands . . . . .	1039
IV. Aufstellungsfrist . . . . .	1040
V. Internationale Rechnungslegung . . . . .	1041

<b>B. Ergebnisermittlung</b> . . . . .	1042
I. Allgemeine Grundsätze . . . . .	1042
II. Ergebnisermittlungsregeln . . . . .	1043
1. Gemeinnütziger Bereich . . . . .	1043
2. Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb . . . . .	1058
III. Zweckmäßigkeitserwägungen . . . . .	1064
1. Zweck der Bilanzierung bei der gemeinnützigen Körperschaft . . . . .	1064
2. Ausweis der Mittelverwendung . . . . .	1065
3. Ansatz- und Bewertungsfragen . . . . .	1065
4. Gliederungsschema . . . . .	1068
<b>C. Prüfung</b> . . . . .	1068
I. Prüfungspflichten . . . . .	1068
1. Stiftungs- und Vereinsrecht . . . . .	1068
2. Steuerrecht . . . . .	1070
II. Bestellung des Abschlussprüfers . . . . .	1071
III. Prüfungsgegenstand . . . . .	1072
IV. Prüfungsergebnis . . . . .	1073
1. Prüfungsbericht . . . . .	1073
2. Prüfungsvermerk . . . . .	1076
<b>D. Offenlegung</b> . . . . .	1077
<b>E. Sonderregelungen für Krankenhäuser und Pflege- einrichtungen</b> . . . . .	1078
I. Allgemeine Buchführungs- und Rechnungsvorschriften für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen . . . . .	1078
II. Bestandteile des Jahresabschlusses und ausgewählte gegen- über dem Handelsrecht abweichende Einzelsvorschriften . . . . .	1082
1. Allgemeines . . . . .	1082
2. Aktiva . . . . .	1084
3. Passiva . . . . .	1086
III. (Erweiterte) Jahresabschlussprüfung des Krankenhauses und der Pflegeeinrichtung . . . . .	1089

## § 19 Umstrukturierung gemeinnütziger Körperschaften

(Bearbeiter: Dr. Christian Kirchhain LL.M.)

<b>A. Einführung</b> . . . . .	1093
I. Gegenstand der Darstellung . . . . .	1093
II. Rechtliche Grundlagen . . . . .	1094
1. Zivilrecht . . . . .	1094
2. Steuerrecht . . . . .	1094
<b>B. Fusion gemeinnütziger Körperschaften</b> . . . . .	1100
I. Umstrukturierungsanlässe . . . . .	1100
II. Rechtliche Grundlagen . . . . .	1100
1. Zivilrecht . . . . .	1100

## Inhalt

2. Steuerrecht	1103
III. Besonderheiten bei der Verschmelzung gemeinnütziger Vereine	1108
1. Umwandlungsrecht	1108
2. Steuerrecht	1108
IV. Besonderheiten bei Fusionen unter Beteiligung gemeinnütziger GmbHs	1110
1. Verschmelzung gemeinnütziger GmbHs	1110
2. Fusion einer gemeinnützigen GmbH mit einem gemeinnützigen Verein oder einer gemeinnützigen Stiftung	1110
3. Fusion einer steuerpflichtigen GmbH mit dem gemeinnützigen Mutterverein oder der gemeinnützigen Mutterstiftung	1112
4. Fusion einer gemeinnützigen GmbH mit steuerpflichtigem wG auf den gemeinnützigen Mutterverein oder die gemeinnützige Mutterstiftung	1114
V. Besonderheiten beim Zusammenschluss von Stiftungen	1114
1. Stiftungsrecht	1114
2. Steuerrecht	1115
<b>C. Rechtliche Verselbständigung einzelner Tätigkeitsbereiche</b>	1116
I. Verselbständigung steuerpflichtiger Tätigkeiten	1116
1. Umstrukturierungsanlässe	1116
2. Zivilrecht	1119
3. Steuerrecht	1122
II. Verselbständigung gemeinnütziger Tätigkeiten	1129
1. Umstrukturierungsanlässe	1129
2. Zivilrecht	1130
3. Steuerrecht	1131
<b>D. Auf- und Abspaltung von Vermögen gemeinnütziger Körperschaften</b>	1136
I. Zivilrecht	1136
II. Steuerrecht	1138
1. Gemeinnützigkeitsrecht	1138
2. Ertragsteuern	1139
<b>E. Übertragung von Vermögen einer gemeinnützigen Körperschaft auf eine juristische Person des öffentlichen Rechts</b>	1140
I. Zivilrecht	1140
II. Steuerrecht	1141
<b>F. Wechsel der Rechtsform</b>	1141
I. Zivilrecht	1141
II. Steuerrecht	1142
<b>G. Umstrukturierung bei einer steuerpflichtigen Tochtergesellschaft der gemeinnützigen Körperschaft</b>	1144

## § 20 Gemeinnützige Körperschaft in der Krise

(Bearbeiter: Dr. Jens Eric Gotthardt)

<b>A. Einführung</b> .....	1148
<b>B. Verein</b> .....	1149
I. Pflichten des Vorstands .....	1149
1. Einberufung der Mitgliederversammlung .....	1149
2. Pflicht zur Sanierung .....	1149
3. Antragspflicht .....	1150
II. Haftung des Vorstands .....	1151
<b>C. Stiftung</b> .....	1153
I. Pflichten des Vorstands .....	1153
1. Information der Aufsichtsbehörde .....	1153
2. Pflicht zur Sanierung .....	1153
3. Antragspflicht .....	1154
II. Haftung des Vorstands .....	1155
<b>D. GmbH</b> .....	1155
I. Pflichten der Geschäftsführer .....	1155
1. Einberufung der Gesellschafterversammlung .....	1155
2. Pflicht zur Sanierung .....	1156
3. Antragspflicht .....	1156
II. Haftung der Geschäftsführer .....	1164
1. Insolvenverschleppung .....	1164
2. Masseschmälerung .....	1168
3. Insolvenzverursachungshaftung .....	1170
III. Pflichten der Gesellschafter .....	1170
IV. Haftung Dritter .....	1171

## § 21 Konzernrechtliche Besonderheiten

(Bearbeiter: Dr. Jens Eric Gotthardt)

<b>A. Grundbegriffe des Konzernrechts</b> .....	1173
I. Konzernrecht als Schutzrecht .....	1173
II. Die Einzelatbestände der §§ 15 bis 19 AktG .....	1174
<b>B. Rechtsformspezifische Vorgaben</b> .....	1178
I. Verein .....	1178
1. Der Verein als Konzernspitze .....	1180
2. Der Verein als untergeordnetes Konzernunternehmen .....	1181
II. Stiftung .....	1182
1. Die Stiftung als Konzernspitze .....	1182
2. Die Stiftung als untergeordnetes Konzernunternehmen .....	1184
III. GmbH .....	1184
1. Die GmbH als Konzernspitze .....	1185
2. Die GmbH als untergeordnetes Konzernunternehmen .....	1185

## Inhalt

<b>C. Gemeinnützigkeitsrechtliche Vorgaben</b> . . . . .	1186
I. Die gemeinnützige Körperschaft als Konzernspitze . . . . .	1186
II. Die gemeinnützige Körperschaft als untergeordnetes Konzernunternehmen . . . . .	1189

## § 22 Europäisches und Internationales Steuerrecht

(Bearbeiter: Dr. Marcus Helios)

<b>A. Internationales Steuerrecht</b> . . . . .	1193
I. Besteuerung ausländischer gemeinnütziger Körperschaften im Inland . . . . .	1193
II. Anwendung von Doppelbesteuerungsabkommen . . . . .	1194
<b>B. Bedeutung des Europarechts für gemeinnützige Einrichtungen</b> . . . . .	1195
<b>C. Anwendbarkeit der Binnenmarktregeln auf gemein- nützige Einrichtungen</b> . . . . .	1200
I. Konzept des Binnenmarktes . . . . .	1200
II. Anwendbarkeit der Grundfreiheiten auf gemeinnützige Einrichtungen . . . . .	1201
1. Wirtschaftliche Tätigkeit . . . . .	1201
2. Gemeinnützige Einrichtungen als Begünstigte der Grundfreiheiten . . . . .	1202
III. Wettbewerbsrecht . . . . .	1204
1. Zielsetzung des Wettbewerbsrechts . . . . .	1204
2. Funktionaler Unternehmensbegriff . . . . .	1204
<b>D. Europarechtliche Beurteilung von grenzüberschreitende Aktivitäten gemeinnütziger Einrichtungen</b> . . . . .	1206
I. Fallgruppen grenzüberschreitender Gemeinnützig- keit . . . . .	1206
II. Aktivitäten inländischer Körperschaften im Ausland (Outbound) . . . . .	1206
1. Grundsätze . . . . .	1206
2. Europarechtliche Würdigung von § 52 Abs. 2 AO . . . . .	1207
III. Aktivitäten ausländischer Körperschaften im In- und Ausland . . . . .	1211
IV. Grenzüberschreitender Spendenabzug . . . . .	1211
1. Entwicklung und Vorgaben der EuGH-Recht- sprechung . . . . .	1211
2. Änderung durch das „Gesetz zur Umsetzung steuer- licher EU-Vorgaben sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften“ . . . . .	1214
<b>E. Steuervergünstigungen für gemeinnützige Körperschaf- ten als Beihilfe iSd. § 87 EGV</b> . . . . .	1216
I. Anwendungsbereich und Verfahrensrecht des EU-Bei- hilfenrechts . . . . .	1216

II. Reform des Beihilfenrechts aufgrund des „Aktionsplans Staatliche Beihilfen“ . . . . .	1217
III. Tatbestandsvoraussetzungen des Art. 87 Abs. 1 EGV . . .	1219
1. Subjektiver Anwendungsbereich: Unternehmen oder Produktionszweige . . . . .	1220
2. Begünstigende Beihilfe . . . . .	1222
3. Bestimmtheit der Beihilfe . . . . .	1224
4. Staatlich oder aus staatlichen Mitteln . . . . .	1225
5. Wettbewerbsverfälschung und Handelsbeeinträchtigung . . . . .	1226
6. Ausnahme: De-minimis-Beihilfen . . . . .	1227
IV. Gemeinnützigkeitsrelevante Ausnahmen vom Beihilfenverbot (Art. 107 Abs. 2 und 3 AEUV . . . . .	1229
1. Überblick . . . . .	1229
2. Art. 107 Abs. 2 AEUV . . . . .	1229
3. Art. 107 Abs. 3 AEUV . . . . .	1230
V. Zusammenfassung . . . . .	1235
<b>F. Rechtlicher Rahmen für grenzüberschreitendes Tätigwerden . . . . .</b>	<b>1235</b>
I. Übersicht: Europäische Rechtsformen . . . . .	1235
II. Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV) . . . . .	1236
1. Rechtsgrundlagen . . . . .	1237
2. Rechtliche Zulässigkeit der Europäischen Wirtschaftlichen Interessenvereinigung (EWIV) . . . . .	1237
3. Errichtung . . . . .	1238
4. Organe . . . . .	1238
5. Rechtsverhältnis der Gesellschaft zu Dritten . . . . .	1239
6. Gesellschafterwechsel und Auflösung . . . . .	1240
7. Steuerliche Behandlung . . . . .	1240
III. Vorschläge für einen europäischen Verein, eine europäische Stiftung und eine europäische Gegenseitigkeitsgesellschaft . . . . .	1241